

Deutscher Reichstag.

6. Sitzung vom 27. November.

1 Mr. Am Bundespräsident: Graf Caprivi, Graf Pofa-

bomsky, Dr. Miquel, von Braunart u. A.

Das Haus tritt in die erste Lesung des Etats ein.

Staatssekretär Dr. Graf Pofabomsky: Der Gesetzentwurf

für 1893/94 war wesentlich bedingt durch die Höhe der Futter-

preise. Die Ueberweisungen haben die Materialumlagen um

22 1/2 Millionen übersteigert. Das laufende Jahr läßt sich mit

Sicherheit nicht beschreiben. Der Ueberchuß wird etwa

1 1/2 Millionen betragen, wovon 1/2 Million für die Schutzgebiete

in Anspruch genommen werden wird. Der Ueberchuß wird

2 1/2 Millionen, das Salz 1 1/2 Millionen, die Brauereiver-

steuer 1 Million, die Weidewirtschaftliche einige Hundert-

tausende mehr ergeben. Besonders günstig stellt sich

der Abschluß der Post- und Telegraphenverwaltung; er giebt

einen Ueberchuß von 2 Millionen; die Eisenbahnen ergeben

einen Ueberchuß von 2 Millionen; endlich werden aus verschiedenen

Bemalungseinnahmen 1 1/2 Millionen mehr fließen. Die

Mehreinnahmen stehen an Mehrausgaben gegenüber kein Ge-

winde 5 Millionen in Folge der Steigerung der Naturalpreise,

4 Millionen bei den Remonten, 1 1/2 Million für Dienst-

stellen und 1 1/2 Millionen für artilleerische Bedürfnisse,

an Ganzen circa 10 1/2 Millionen. Die Marine-

verwaltung wird einen Mehrbedarf von ca. 3 Millionen haben.

Das die Ueberweisungen betrifft, so haben die Einnahmen aus

den Zöllen in den ersten vier Monaten erhebliche Minderungen

erwiesen, erst im August trat eine mäßige Steigerung wieder

ein. Im kommenden Jahre werden an Materialumlagen

3 1/2 Millionen mehr eintreten werden. Das Ordinarium des

kommenden Etats hat sich um 45 Millionen gesteigert, die ein-

maligen Ausgaben betragen 20 000 Mr. weniger. Das Reichs-

heer nimmt 3 1/2 Millionen mehr in Anspruch, die Marine

3 1/2 Millionen mehr. Im Ordinarium werden für die

Marine 2 Millionen mehr gefordert. Bei den Veranschlagungen der

Zustimmungen ist der Mehrbedarf der Zölle auch gegenüber

weiteren Annahmen dadurch Rechnung getragen, daß bei den Ge-

treibzöllen gegen das Vorjahr ein um 1/2 Millionen geringerer

Betrag eingelegt sei. Was die gesamte Finanzlage betrifft,

so würden sich die Einzelstaaten, wenn man das Verhältnis

von Materialumlagen und Ueberweisungen berücksichtigt, gegen

1892/93 um 109 Millionen schlechter stellen. Dabei haben keines-

wegs zu niedrige Veranschlagungen der Einnahmen stattgefunden,

wie namentlich hinsichtlich der Zölle durch den Verlauf des

Jahres 1893/94 erwiesen wird. Und wenn man die Höhe der

Schulden des Reichs, betrahe 2 Milliarden, ansieht, so wird

man zugeben, daß das Bestreben durchaus berechtigt ist, mög-

lichst viel Ausgaben auf das Ordinarium zu übernehmen.

Auf jeden Fall bedarf es der Eröffnung neuer Ein-

nahmsquellen. Sonst würde man sich nicht entschließen haben,

sich dem konzentrierten Feuer dreier Interessengruppen

durch Verlegung neuer Steuern auszuhalten.

In der Militärkommission ist schon dargelegt worden, daß man

das zum Jahre 1893/94 auf Mehreinnahmen im Reich um 10

Millionen fest rechnen kann, nicht, wie man vielfach

möglich. Beim Militärstatut muß ich die Vorgänge in Hannover

zur Sprache bringen, die ein unliebsames Aufsehen erregt haben.

Es sind das Vorgänge, die jeden patriotisch denkenden Mann

mit tiefer Trauer erfüllen können (Zustimmung). Ich

weiß nicht, was man am meisten beklagen soll. Die un-

abhängigere Spielwiese der Offiziere, oder den unverantwortlichen

Verkauf der haarträubenden Bedingungen zu kennen. Durch die

Bezahlung dieser Schulden sind nicht nur viele Offiziere, sondern

auch eine Anzahl ihrer Familien an den Bettelstab gebracht

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

worden. Am tiefsten hat mich aber mit Schmerz berührt der

unverantwortliche Verkauf der Offiziere an den Bettelstab

der Stimmen der Wähler, die gegen die Militärvorlage waren,

1 097 000 betrug. Das beweist auch, daß das jetzige Wahl-

system fehlerhaft ist. Man muß das Proportionalssystem einführen.

Zudemfalls kann man nicht mehr daran denken, das jetzt schon

gleiche Wahlrecht wieder aufzuheben. Das läßt sich auch das

deutsche Volk nicht gefallen. Wir haben uns auch die Frage

vorgelegt, ob das Bestehen der in ungeliebten Militärumlagen

aus gerechtfertigt ist. Die Vorgänge in Hannover haben Mitleid

mit dem Charakter und die Lebensweise der dabei befristeten

Offiziere thun lassen, daß man sich die Frage vorlegen muß, ob

solche Offiziere noch geeignet sind, die Armeesucht zu führen.

Sie haben in Hannover Dinge gethan, die gegen ihre Ehre

und ihren Charakter waren. Ob der Offiziersstand noch im

Stande ist, seine Pflicht zu thun, ist fraglich.

Präsident von Levetzow: Ich muß Sie ersuchen, den

Offiziersstand nicht zu beleidigen; denselben gehören eine große

Zahl unserer Mitbürger an.

Abg. Bebel (fortfahrend): Ich habe nur von einem Theil

des Offiziersstandes gesprochen. Dann weiß ich auf darauf

hin, daß bei uns die Militärliteratur auf einer nicht so hohen

Stufe steht, wie z. B. in Frankreich. Auch das ist kein gutes

Zeichen. Eine Zeitung hat sogar behauptet, daß die

Offiziere, die ihr Geld faßlichlich verdienen, auch im Felde

ihre Leben mit Wagemuth in die Schanze schlagen würden.

Ja, das Draufgehen hat nach Einführung der neuen

Waffe im Kriege keinen Zweck mehr. Außerdem muß ich

noch sagen, daß bei den deutschen Mandarinen im Sisch zwar für

Polen sehr schön aussehende große Reiterangriffe ausgeführt

wurden, bei denen aber im Grundsatz keiner mit dem Leben

davon gekommen wäre. Auch das ist geeignet, Zweifel zu

erregen, ob die Leitung unserer Armeesucht eine solche ist, daß

man mit Vertrauen einen Krieg entgegensehen kann. Auch bei

der Marine zeigen sich bedenkliche Erscheinungen. Es ist vor-

genommen, daß unsere besten Schiffe bei einmündigen unruhigen

Wetter so ins Rollen kommen, daß die Leute keine Kanonen

richten können. Auch die Erziehung des künftigen Zusammen-

stufes von Schiffen beim Mandarinen und die Thatsache, daß

wenn kaum ein Schiff fertig ist, schon wieder durch neue Ge-

findungen dasselbe überholt ist, lassen es notwendig erscheinen,

beim Marineetat sorgfältig zu prüfen, besonders wo jetzt ein

solcher Notstand herrscht, den auch die Regierung nicht mehr

leugnen kann, da er durch Erscheinungen aller Art, besonders

aus den Städten beweisen wird.

Unser Offiziersstand wird sich im Winter noch bedeutend

verkleinern, und man kommt nun sehr wohl mit neuen so be-

deutlichen Steueranforderungen, jetzt, wo im Bauernstand, im Hand-

werkerstand, im Arbeiterstand solche Noth herrscht, da ist es

selbstverständlich, daß die Ungleichheit im Land immer mehr

wächst. In der Thronrede wird behauptet, der Etat sei mit

äußerster Sparmaßnahme aufgestellt. Auch ich glaube allerdings,

daß auf diesem Etat nicht viele Millionen gestrichen werden können.

Aber ich möchte doch bei dieser Gelegenheit konstatieren, mit

welchen Siebenmilliardentheilen die Ausgaben vorgezeichnet

Mehr noch als der Militärstatut stand der Marineetat in

den letzten Jahren im Vordergrund des Interesses. Es hat

unverkennbar bei Anstellung dieses Etats eine gewisse Reserve

abgewartet, immerhin beträgt er noch 80 1/2 Millionen. Unter

den maßgebenden Parteien mischt sich eine communis opinio

darüber bilden, was wir mit unserer Marine bezwecken und was

ihre hierfür zur Verfügung zu stellen ist. Nach meiner Ansicht

hat die Marine zwei Zwecke: den Schutz der heimischen Küsten

gegen eine feindliche Invasion und die Behebung auswärtiger

Stationen, sowohl in Afrika wie überall, da wo deutsche Interessen

zu schützen sind. Ich erinnere in dieser Beziehung an Gili in

den vorigen Jahren. Ähnlich wie damals dort, steht es dieses Jahr

in Brasilien. Für beide beiden Zwecke wird alles Erforderliche zu be-

willigen sein. Daß aber unsere Marine so stark zu machen wäre,

wie eine Marine erster Klasse, so daß sie den Seemächten ersten

Ranges die Spitze zu bieten und auch im Kriegsfalle unseren

Panzer zu schlagen vermöchte, kann ich nicht verstehen. Besteres

vermag ja nicht einmal die mächtigste englische Flotte. Nach

diesem Gesichtspunkte wird zu überlegen sein, was zu bewilligen

sei und was nicht.

In der Höhe der Reichsschuld an sich kann ich etwas Be-

denkliches nicht erkennen, wohl aber darin, daß wir unsere

Schulden alljährlich vermehren, sowie darin, daß wir keine

Schulden tilgen. Auch im laufenden Etat werden wieder

rund 100 Millionen, die eigentlich aus den laufenden Ein-

nahmen bestritten werden müßten, auf die Anleihe

übernommen. Dahin gehören Kassenanbau u. s. w. Aber es ist

doch zu erwägen, ob man nicht langsam zur

Amortisirung der Reichsschuld übergehen könnte, indem man

z. B. die Reichsschuld in tilgbare verlosbare Anleihepapiere

umwandelt. Gegen diese Idee läßt sich ja manches einwenden:

Wir würden zu einem gemischten System von konsolidirter

Staatschuld und verlosbaren Staatspapieren kommen. Aber

andere Staaten, wie Frankreich, Spanien u. s. w., haben auch

dieses gemischte System. Bei einer Ausgabe von 3 1/2-prozentigen

Konkols würde sich der jetzige Kurs auch wohl steigern. Jedenfalls

würde ich bitten, diesen Vorschlag in Erwägung zu ziehen. In

den ersten Jahren würde ja die Tilgung der Reichsschuld nur

eine ganz minimale sein können.

Ich komme jetzt zu den Einnahmen. Zölle und

Verbrauchssteuern zusammen ergeben ohne Borkensteuer,

ohne Stempelsteuer die Summe von 617 Millionen Mark.

Aus einer solchen kolossalen Summe muß man Konzeptionen

ziehen. Ich ziehe daraus die Konsequenz, daß der Etat, das

System der indirekten Steuern ganz zu beseitigen und durch

ein direktes Besteuerungssystem zu ersetzen, eine Mission ist.

(Sehr richtig!) In Preußen giebt die reformirte Einkommen-

steuer nur 124 Millionen Mark. Wollte man im Reich nur

eine direkte Besteuerung einführen, so müßte man die Sätze, die

in Preußen bestehen, verdreifachen. Und daneben würden noch

Staatssteuern und Kommunalsteuern bestehen bleiben.

Ich ziehe weiter aus der großen Summe, die die indirekten

Steuern und Zölle bringen, die Konsequenz, daß im

Reiche das allgemeine, direkte, gleiche Wahlrecht bestehen

bleiben muß. Es ist das Korrelat der indirekten Besteuerung

des Volkes, und an ihm darf nicht gerüttelt werden. (Sehr

richtig! links.) Auf die Frage der Reform der Reichssteuern

will ich heute nicht eingehen; die Etats-Berathung soll damit

nicht verknüpft werden. Ich bin nicht in der Lage, heute schon

zu sagen, ob meine Forderung eine feste Stellung zu diesen

Frage einzunehmen. Wir können uns ja in die Lage stellen

und veranschlagten Armeesucht, was die die Militär-

vorlage bewilligt haben, nur auch die Mittel für ihre Deckung

beschaffen. Ein solches Verhalten wäre unklug und unparthei-

sch, wir werden mit Treue und Eingebung dabei mitwirken

für das Reich, d. h. für das Volk die Mittel nunmehr auszu-

bringen. (Beifall.)

Abg. Bebel (Sez.-Dem.): Ich werde auf das Zahlen-

material des Herrn Staatssekretärs nicht eingehen; ich werde

aber wohl im Verlaufe meines Vortrags mich mit der Roth-

wendigkeit neuer Steuern zu befassen haben und ebenso auch

mit der Kolonialpolitik. Wieder wird für letztere ein einmaliger

Zuschuß von 3 1/2 Millionen Mark gefordert. Würden wir alle

die Summen, welche die Kolonialpolitik bereits verschlungen

hat, für immer Zwecke verwendet haben, so würden wir ganz

andere Erfolge verzeichnen können. Ich muß auf die speziel-

len Reseleien hinweisen, die unsere Schutztruppe in

Südafrika beugangen hat, wo sie bei der Einnahme von

Joanburg eine Masse wehrloser Frauen wiedergeboren hat. Das

kann man nicht Kultur nennen. In der Thronrede steht ein

Satz, gegen den ich mich wenden muß, es heißt da, daß die

Sympathiebeziehungen, welche dem Kaiser bei seinen Reisen zu

Thel geworden sind, beweisen, daß das Volk in seiner Mehrheit

mit der Militärvorlage zufrieden sei. Das stimmt durchaus

nicht mit der Wahlfaktik überein, die beweist, daß das Volk

